

Vorlagennummer: FB 36/0590/WP18
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 16.04.2025

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 20.05.2025 (öffentlicher Teil)

Vorlageart: Entscheidungsvorlage
Federführende Dienststelle: FB 36 - Fachbereich Klima und Umwelt
Beteiligte Dienststellen:
Verfasst von:

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Zuständigkeit
02.09.2025	Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung am 20.05.2025 (öffentlicher Teil).

Finanzielle Auswirkungen:

	JA	NEIN	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebener Ansatz 20xx ff.	Folge-kosten (alt)	Folge-kosten (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
+ Verbesserung / - Verschlechterung	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Keine

Klimarelevanz:**Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung** (in den freien Feldern ankreuzen)Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
☐	☐	☐	☐

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
☐	☐	☐	☐

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
☐	☐	☐	☐

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

gering	☐	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	☐	80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	☐	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

gering	☐	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	☐	80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	☐	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine **Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen** erfolgt:

☐	vollständig
☐	überwiegend (50% - 99%)
☐	teilweise (1% - 49 %)
☐	nicht
☐	nicht bekannt

Erläuterungen:

Anlage/n:

1 - 2025-05-20 AUK NS_öffentlicher Teil (öffentlich)

Niederschrift**Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz**

Sitzungstermin: Dienstag, 20.05.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:55 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste**Anwesend**Vorsitz**Name**

Iris Lürken

BemerkungGremienmitglieder**Name**

Jöran Stettner

Julia Brinner

Kaj Neumann

Dr. Anja Fitter

Dr. Heike Wolf

Nina Höflich

Gero Matthias Schuch

Holger Kiemes

Alexander Gilson

Georg Grooten

Dr. Andreas Nositschka

Jörg Bogoczek

Safi Özbay

Rolf Schumacher

Sabine Weineck

Marcus Liebmann

Bemerkung

Vertretung für: Barbara Stockem

anwesend bis 18.35 Uhr, Vertretung für: Prof. Dr.
Hans-Jürgen Müggenborg

Vertretung für: Marco Terporten

bis 19.50 Uhr

Vertretung für: Laurenz Lehmann

sachkundige Bürger*innen/ Einwohner*innen**Name**

Reiner Nerlich

Bemerkung

bis 19.00 Uhr

Schriftführung**Name**

Andrea Schürmann

Bemerkung

Name**Bemerkung****Abwesend**Gremienmitglieder**Name****Bemerkung**

Barbara Stockem

entschuldigt

Prof. Dr. Hans-Jürgen Müggenborg

entschuldigt

Marco Terporten

entschuldigt

Peter Blum

nicht anwesend

Kai Baum

nicht anwesend

Laurenz Lehmann

entschuldigt

Verwaltung:

Beigeordneter Heiko Thomas, Dez. VII

Klaus Meiners, FBL 36/000

Katja Oldenburg, FB 36/100

Bastian Peukert, FB 36/700

Dr. Daniel Kelterbaum, FB 36/700

Gero Röthke, FB 36/400

Jan Nigl, FB 23

Tobias Larscheid, FB 68/200

Celina Bauer, FB 68/210

Dr. Mario Kittel, FB 36/500

Frank Schneiderwind, E 26

Max Nüßler, FB 37

Martin Freude, FB 22

Gäste:

Keine

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 29.04.2025 (öffentlicher Teil)	FB 36/0583/WP18
3	Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	FB 36/0585/WP18
4	Neubau Gerätehaus Rettungswache Richterich, Roder Weg 7; Baubeschluss (Lph 7-9)	E 26/0238/WP18
5	Bau einer neuen Dauerkleingartenanlage an der Sonnenscheinstraße in Aachen-Eilendorf	FB 36/0580/WP18
6	Sachstand: Förderung "Energiesparende Maßnahmen im Gebäude"	FB 36/0576/WP18
7	Förderrichtlinie Blühflächen in der Agrarlandschaft	FB 36/0589/WP18
8	Ratsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 28.01.2025 „Einführung einer Verpackungssteuer“	FB 36/0587/WP18
9	Bericht zum Austausch mit dem Kleingartenverein Rütsh zur geplanten Linienführung des Radschnellwegs Euregio (RS4)	FB 68/0165/WP18-1
10	Mitteilung der Verwaltung	

Nichtöffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 29.04.2025 (nicht-öffentlicher Teil)	FB 36/0584/WP18
2	Mitteilung der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.
Sie begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.
Sie lässt über die vorgelegte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 29.04.2025 (öffentlicher Teil) vertagt FB 36/0583/WP18

Die Vorlage wird vertagt, da sie nicht rechtzeitig fertig gestellt wurde.

Zu 3 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz ungeändert beschlossen FB 36/0585/WP18

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Oldenburg / FB 36, die anwesend ist.
Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt, Frau Katja Oldenburg zur stellvertretenden Schriftführerin zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 4 Neubau Gerätehaus Rettungswache Richterich, Roder Weg 7; Baubeschluss (Lph 7-9) geändert beschlossen E 26/0238/WP18

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Maximilian Nüßler / FB 37 und Frank Schneiderwind / E 26, die für Rückfragen anwesend sind.

Ratsherr Kiemes nimmt Bezug auf die Vorlage und äußert sich zu den hohen Kosten und den Kostensteigerungen.

Herr Schneiderwind / E 26 führt aus, dass versucht werde, so kostengünstig wie möglich zu bauen.

Ratsfrau Brinner führt aus, dass es sich bei der Vorlage um die Entscheidung zum Baubeschluss handeln würde. Es sei wichtig, dass die alten Gebäude durch energetischzeitgemäße Gebäude ersetzt würden. Durch die höheren Baukosten könnten andere Folgekosten gesenkt werden. Man möchte nicht, dass die Kosten für die energetischen Details gesenkt würden.

Ratsfrau Dr. Wolf möchte wissen, wie lange die Bauzeit geplant sei. Desweiteren sei nachhaltiges Bauen wichtig. Sie fragt, ob durch eine Standardisierung der Bauweise Kosten gesenkt werden könnten.

Herr Beigeordneter Thomas erläutert, dass man steuern wolle, indem z.B. bei den Feuerwehrgerätehäusern eine einheitliche Planung zugrunde gelegt würde.

Zu der Steigerung der Baukosten sei zu sagen, dass öffentliches Bauen kontinuierlich teurer werde.

Herr Schneiderwind / E 26 führt aus, dass derzeit mit einer Kostensteigerung von 4,5 % gerechnet werde. Mit der Fertigstellung sei voraussichtlich Anfang 2028 zu rechnen.

Herr Nüßler / FB 37 erläutert, dass man die Planung der Gerätehäuser standardisiert habe – ähnlich wie eine DIN. Es sei dann dennoch im Einzelfall die Anpassung der Planung an das jeweilige Grundstück notwendig.

Ratsherr Kiemes geht darauf ein, dass es so viele Projekte gebe. Um diese dennoch alle schaffen zu können, müssten geschaut werden, welche Maßnahmen im jeweiligen Einzelfall die Kostentreiber wären.

Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass der Beschlussentwurf insofern angepasst bzw. abgeändert werden könne, dass der Vorbehalt bezogen auf die Genehmigung des Haushaltsplanes 2025 entfallen könne, da der Haushalt zwischenzeitlich genehmigt sei.

Sie liest den Beschlussentwurf wie folgt in geänderter Form vor und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** nimmt die Entwurfsplanung und die Kostenberechnung zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuss den Baubeschluss für den Neubau des Gerätehauses Rettungswache Roder Weg 7 entsprechend der Vorlage zu fassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 5 Bau einer neuen Dauerkleingartenanlage an der Sonnenscheinstraße in Aachen-Eilendorf
geändert beschlossen
FB 36/0580/WP18**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Jan Nigl / FB 23, der gemeinsam mit Herrn Klaus Meiners / FB 36 für Rückfragen zur Verfügung steht.

Ratsfrau Dr. Wolf fragt, ob es bereits einen Namen für die neue Kleingartenanlage geben würde.

Herr Nigl antwortet, dass er hierzu nichts sagen könne.

Herr Dr. Nositschka führt aus, dass es in der neuen Kleingartenanlage weniger Gärten geben wird als vorher. Hierzu möchte er gerne wissen, ob dies mit dem Verein abgestimmt sei.

Herr Nigl bestätigt, dass diese Abstimmung erfolgt sei.

Herr Meiners ergänzt hierzu, dass ggfs. 2 Parzellen mehr hätten geschaffen werden können;

da an dieser Stelle der Fläche belasteter Boden sei, hätte man hiervon abgesehen.

Er möchte darauf hinweisen, dass aufgrund der personellen Situation die weitere Planung extern vergeben werde und dies zu weiteren Kosten führen werde.

Ratsherr Kienes geht darauf ein, dass es bei dem beabsichtigten Umzug des Vereins Wunsch gewesen sei, dass ein Vereinsgebäude gebaut würde.

In der Vorlage werde nun ausgeführt, dass dafür kein Geld vorhanden sei.

Er geht auf die Kosten ein und führt aus, dass der Bau der Toilettenanlage mit mehr 318.000 Euro veranschlagt sei. Der Bau eines Vereinsheims hingegen „nur“ mit knapp 700.000 Euro.

Die Kosten seien für ihn nicht nachvollziehbar. Man würde sich als CDU wünschen, dass die Kleingärtner ein Vereinsheim erhalten würden.

Herr Meiners erläutert, dass die grünplanerischen Kosten durch FB 36 ermittelt würden.

Die Kosten für den Hochbau – hier für Toilettenanlage und Vereinsheim – würden von E 26 sachgerecht ermittelt.

Ratsfrau Dr. Fitter führt aus, dass in der Vorlage erläutert sei, dass alle linear angeordneten Bäume gerodet werden müssten. Sie bittet daher um Prüfung, ob die Gehölze alle gerodet werden müssten oder ob sie gerettet werden könnten.

Herr Meiners erläutert, dass es sich um eine Hecke handle, die zur Schaffung eines Pflegeweges für E 18 entfernt werden müsse.

Herr Schumacher geht darauf ein, dass in der Vorlage stehe, dass entlang des Parkplatzes eine Schallschutzwand errichtet werde. An anderer Stelle sei keine Schallschutzwand vorgesehen.

Herr Meiners erläutert hierzu, dass das Minimum dargestellt sei. Aus lärmschutztechnischer Sicht müsse es möglich sein, im Garten Ruhe zu finden.

Ratsfrau Brinner führt aus, dass die Gesamtkosten in Höhe von 3,4 Mio Euro heruntergerechnet auf die einzelnen Gartenparzelle Kosten in Höhe von 90.000 Euro pro Parzelle bedeuten würden.

Es sei daher wichtig, dass die Kosten genau angeschaut würden.

Es gebe unmittelbar angrenzend den Kleingarten Verein Sonnenscheinstraße, in dessen Anlage sich ein Vereinsheim befinde. Vielleicht könne man dies gemeinsam nutzen.

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken führt aus, dass es gleich noch eine Vorlage zu Kleingartenanlagen gebe, die zeige, dass die Gespräche schwierig seien. Auch im Bereich Sportanlagen wisse man, dass gemeinsame Nutzungen sehr schwierig zu gestalten seien.

Herr Meiners erläutert, dass auch die Erschließung des Grundstücks, wie Anlegung von Wegen und die gesamte Gestaltung des Gebietes, Kosten verursache.

Ratsfrau Dr. Wolf geht darauf ein, dass gewünscht sei, dass die Kleingärtner umziehen und sie würde daher nicht an dem Vereinsheim sparen.

Ratsherr Kiemes schließt sich der Ausführung von Frau Dr. Wolf an und möchte unterstützen, nicht an dem Vereinsheim zu sparen.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, den weitestgehenden Beschluss zu fassen, da es sich um eine Empfehlung handele, die der AUK ausspricht. Die Entscheidung hierzu werde im Rat getroffen.

Die Sitzung wird kurz zur Beratung der Fraktionen unterbrochen.

Der Beschluss wird insofern abgeändert, dass die Konkretisierung „incl. des Baus einer Toilettenanlage“ entfällt.

Die Ausschussvorsitzende liest den Beschlussentwurf wie folgt vor und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, im Haushaltsjahr 2025 für die Maßnahme unter dem PSP-Element 5-011305-000-00100-300-2, 78530000 Sonstige Baumaßnahmen, überplanmäßige Mittel in Höhe von 163.100,00 €, gemäß § 83 GO NRW bereitzustellen. Des Weiteren empfiehlt er, die Verwaltung mit dem Bau der neuen Dauerkleingartenanlage in Massivbauweise an der Sonnenscheinstraße, zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 6 Sachstand: Förderung "Energiesparende Maßnahmen im Gebäude" zur Kenntnis genommen FB 36/0576/WP18

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herr Bastian Peukert / FB 36, der eine Präsentation hält.

In der Präsentation geht Herr Peukert auch darauf ein, dass es bei einigen Hauseigentümer*innen teilweise noch Hemmnis gebe, da man trotz der Förderzusage dennoch zu 100 % für alle Ausgaben in Vorleistung gehen müsse. Dies könne ggfs. dazu führen, dass man sich im Einzelfall dann doch gegen die Durchführung einer Maßnahme entscheide. Hier sei man dabei zu überlegen, welche Lösungen es hier für die Zukunft evtl. geben könne.

Am Ende der Präsentation informiert Herr Peukert die Anwesenden, dass die Stadt Aachen die Auszeichnung „Climate Star 2025“ erhalten habe.

Die Ausschussvorsitzende dankt für den Vortrag. Sie dankt weiterhin den Beteiligten für ihren Einsatz und beglückwünscht zu der Auszeichnung.

Ratsherr Stettner dankt für die Ausführungen. Es handele sich um ein gutes Beispiel, wie man mit Förderung umgehen könne. Wichtig sei auch, dass der soziale Aspekt stärker als bislang gefördert werde, indem man auch Fördermöglichkeiten für Maßnahmen in Mehrfamilienhäusern ermöglicht hätte.

Die Förderung sei sozialer und nachhaltiger geworden und man schließe hier die Lücken, die der Bund lasse.

Ratsfrau Dr. Wolf überlegt, ob es ggfs. möglich sei, einen Spender zu finden, dessen Spende die Vorfinanzierung im Hinblick auf die Förderung leisten könne. Es gebe ja für die unterschiedlichsten Dinge Spender und vielleicht sei dies eine Möglichkeit.

Ratsherr Kiemes dankt für den Vortrag und spricht seinen Glückwunsch zu der Auszeichnung aus.

Er möchte gerne wissen, ob es die Möglichkeit gebe, die durch die Förderung entstandenen Ergebnisse zu messen. In der Vorlage sei zur Klimarelevanz keine Angabe gemacht.

Herr Peukert erläutert, dass es die Möglichkeit gebe, die Ergebnisse im Nachgang zu berechnen.

Herr Meiners geht auf die Auszeichnung ein und erläutert, dass sich die Auszeichnung nicht an die Verwaltung richte, sondern an die Stadt Aachen. Insoweit habe Politik und Verwaltung gemeinsam zu dem Ergebnis beigetragen, welches mit der Auszeichnung bedacht worden sei.

Die Ausschussvorsitzende nimmt den Dank entgegen und findet, dass dies für die Atmosphäre im Ausschuss spreche.

Herr Dr. Nositschka überlegt, inwieweit es vielleicht eine Möglichkeit sei, eine Zwischenfinanzierung mit kurzer Laufzeit durch die Sparkasse zu erwirken.

Ihm ist es auch wichtig, dass die Mieten in den geförderten Mehrfamilienhäusern nicht dadurch angepasst würden.

Herr Peukert erläutert, dass in der Förderrichtlinie stehe, dass die geförderten Maßnahmen nicht auf die Mieter umgelegt werden dürfen.

Die Ausschussvorsitzende geht auf die Ausführung von Herrn Dr. Nositschka ein und führt aus, dass die Aufgabe der Sparkasse vielleicht zu hoch interpretiert sei.

Sie erläutert, dass die Frage vielleicht auch ein Thema für den Sozialausschuss sein könne.

Herr Gilson überlegt, ob es ggfs. die Möglichkeit der Zahlung der Förderung auf eine Art Sperrkonto geben könne.

Herr Bogoczek merkt an, dass die Förderung ggfs. bereits bei einer Zwischenabrechnung ausgezahlt werden könnte.

Zu 7 Förderrichtlinie Blühflächen in der Agrarlandschaft ungeändert beschlossen FB 36/0589/WP18

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herr Gero Röhke / FB 36, der für Rückfragen anwesend ist.

Ratsfrau Brinner stellt die Frage, inwieweit die Höhe der Bemessung der Förderung angemessen sei. Es solle erreicht werden, dass die Flächen mehrjährig angelegt würden.

Herr Meiners führt aus, dass man in Gesprächen mit den Landwirten sei.

Es solle eine kombinierte Förderung durch die Stadt Aachen und bereits bestehender Initiativen geben.

Man wolle kooperieren anstatt in Konkurrenz zu treten.

Herr Röhke / FB 36 ergänzt, dass es Absicht gewesen sei, eine Grundprämie zu schaffen.

Herr Grooten dankt für die Vorlage, die Förderrichtlinie sei gut durchdacht. Seine Kritik richtet sich an die Förderhöhe. Der Landwirt dürfe nicht schlechter gestellt werden, wenn er etwas für die Umwelt tue. Vielleicht gebe es die Möglichkeit bereits im nächsten Jahr bezogen auf die Förderhöhe nachzusteuern, wenn man wüsste, wieviel Anträge gestellt würden.

Ratsfrau Dr. Wolf geht auf die Beratungsfolge ein und dass die Entscheidung zur Förderrichtlinie dann im Rat am 18.06. getroffen werde. Die Antragstellung könne dann ab 2025 erfolgen und beziehe sich auf die Pflanzzeit

2026.

Herr Beigeordneter Thomas erläutert die Abläufe zum Förderprogramm. Er geht auch darauf ein, dass es verschiedene Förderprogramme gebe, so dass der Landwirt entscheide, welche Förderungen er für einzelne Flächen in Anspruch nehmen.

Ratsherr Kiemes führt an, dass Landwirte geäußert hätten, dass die Höhe der Förderung nicht ausreichend sei. Er stellt sich daher die Frage, inwieweit man die Förderung in Zukunft ggfs. noch attraktiver machen könne, indem man die Förderhöhe anhebe.

Es gibt keine weiteren Redebeiträge und die Ausschussvorsitzende liest den Beschlussentwurf vor und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen die "Förderrichtlinie Blühflächen in der Agrarlandschaft" zu beschließen. Der Ratsantrag 092/18 vom 02.03.2021 ist damit erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 8 Ratsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 28.01.2025 „Einführung einer Verpackungssteuer“ ungeändert beschlossen FB 36/0587/WP18

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken begrüßt Herrn Dr. Mario Kittel / FB 36, der für Rückfragen anwesend ist.

Ratsherr Bogoczek geht darauf ein, dass es ein starkes Signal gewesen wäre, wenn man bereits Maßnahmen ergriffen hätte, um den Verpackungsmüll zu begrenzen. Dies sei der Sinn des Ratsantrags gewesen.

Ratsfrau Brinner führt aus, dass auch sie sich gewünscht hätte, dass bereits Maßnahmen ergriffen worden wären. Im Moment gebe es Kommunen, die dies als Vorreiter vormachen würden, z.B. Köln. Man möchte bei den Überlegungen den Verband Dehoga aber mitnehmen. Die Fraktion stehe daher bereits im Austausch mit Dehoga. Die Dehoga sei nicht abgeneigt. Es müsse Anreize zur Entwicklung von Mehrwegsystemen geben. Sie nennt das Beispiel des Mehrwegsystems, wie es in der Mensa praktiziert werde. Sie führt aus, dass es wichtig sei, zunächst Anreize zu schaffen, sich um den Einsatz von Mehrwegsystemen zu kümmern. Wenn sich zeigen sollte, dass dieser Weg nicht zum Erfolg bei der Verringerung von Verpackungsmüll führe, müsse dann durch eine Steuer der Druck erhöht werden, um Lösungen zu finden.

Ratsfrau Dr. Wolf führt aus, dass wir alle Abfall vermeiden wollen. Wichtig sei es, bei den Maßnahmen die Bürger mitzunehmen. Sie folge daher dem Vorschlag der Verwaltung.

Herr Dr. Nositschka geht auf die Erfahrungen der Stadt Tübingen ein. So habe die Einführung der Verpackungssteuer zur Reduzierung von Einwegverpackungen geführt. Wichtig sei es, vorab ein Mehrwegsystem anzubieten.

Herr Dr. Kittel erläutert, dass die Einführung einer Steuer zunächst zurückgestellt werden solle und die weiteren Tendenzen auch im Hinblick auf die Gesetzgebung beobachtet werden sollen.

Herr Dr. Nositschka interessiert, wie lange die von der Verwaltung benannten Schritte dauern könnten.

Herr Beigeordneter Thomas führt aus, dass es Hürden gebe, eine Verpackungssteuer einzuführen.

Die Stadt Tübingen habe begleitend zu der Einführung der Steuer keine Erhebungen getätigt.

Konstanz sei die nächste Stadt, die eine Verpackungssteuer erhebe.

Man beabsichtige, die unterschiedlichen Erfahrungen zu nutzen und weiterhin die Zeit für eigene Erhebungen in Aachen zu nutzen.

Man möchte ggfs. die Kehrmännchen befragen, wo sich die Hotspots von Einmalverpackungen befinden würden.

Ratsherr Kienes versteht nicht, warum die Regelung so schnell vollzogen werden solle.

Die EU sei dabei Regelungen zu treffen und es solle bereits einheitliche Regelungen hierzu in 2026 geben.

Er halte es für gut, zu schauen, wo Verpackungsmüll entstehe, um dann gezielte Gespräche führen zu können.

Er hoffe auf im nächsten Jahr auf eine bundeseinheitliche Regelung.

Ratsherr Stettner geht auf die Studie der Uni Tübingen ein, es gäbe dort keine repräsentativen Angaben zu Ergebnissen. Er halte die angekündigte EU Regelung zu diesem Thema für gut, aber die Erfahrung zeige, dass die Umsetzung von EU Regelungen oft viel Zeit zur Umsetzung benötigen würden.

Herr Özbay hält es für wichtig, eine Steuer eine Verpackungssteuer einzuführen. Weiterhin wäre es gut, Verursacher zu ermitteln. Eine entsprechende Steuer wäre eine effektive Methode, die Verursacher zur Kasse zu bitten.

Ratsfrau Brinner hält das Thema für wichtig. Auch beim Betriebsausschuss werde das Thema häufig besprochen.

Die Ausschussvorsitzende geht darauf ein, dass die Vorlage zu den gesetzlichen Möglichkeiten eindeutig sei; es gebe keine gesetzl. Grundlage auf Landes- oder Bundesebene.

Ratsherr Bogoczek führt aus, dass ein einheitliches Mehrwegssystem das Ziel sein müsse.

Herr Meiners erläutert, dass es bereits die Möglichkeit gebe, Verursacher bei wildem Müll zu bestrafen.

Die Stadt Tübingen habe sich nun getraut, den Weg zu gehen. Die Verwaltung wolle diesen Weg zunächst weiter beobachten, um dann mit Augenmaß die nächsten Schritte zu planen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, liest die Ausschussvorsitzende den vorgelegten Beschlussentwurf vor und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der **Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz** nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Ratsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 28.01.2025 (Nr. 460/18) „Einführung einer Verpackungssteuer“ zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt, den Erlass einer Satzung über die Erhebung einer kommunalen Verpackungssteuer bis auf weiteres zurückzustellen.

Die Verwaltung sollte ferner beauftragt werden,

1) die Entwicklung und die Tendenzen anderer Kommunen im Lande Nordrhein-Westfalen sowie die Bundesgesetzgebung zu beobachten und erneut im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu berichten, sobald Kommunen im Lande Nordrhein-Westfalen nach Genehmigung der für Kommunales und Finanzen zuständigen Ministerien eine dahingehende Satzung erlassen haben oder Novellierungen bundesgesetzlicher Art gleichermaßen die Ziele einer Abfallvermeidung im to-go-Bereich erreichen können, sowie

2) zur Erhebung tatsächlicher Abfallmengen im to-go-Bereich eine Studie zu initiieren, die Auskunft über Art und Menge von Einwegverpackungen in festgelegten Bereichen (sog. Hotspots) gibt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 9 Bericht zum Austausch mit dem Kleingartenverein Rütsh zur geplanten Linienführung des Radschnellwegs Euregio (RS4) geändert beschlossen FB 68/0165/WP18-1

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Larscheid / FB 68, der eine Präsentation zum Ergebnis des Gespräches mit den Kleingärtnern halten wird.

Weiterhin geht die Ausschussvorsitzende Frau Lürken darauf ein, dass alle Fraktionen wohl im Gespräch mit den Kleingärtnern gewesen seien.

Herr Larscheid dankt für die Erläuterung und führt aus, dass es sich durchweg um ein positives Gespräch mit den Kleingärtnern gehandelt habe. Er geht in seiner Präsentation auf die im Gespräch besprochenen Alternativen und Details ein.

Ratsfrau Dr. Wolf dankt für den Vortrag und das geführte Gespräch.

Sie geht auf den in der letzten Sitzung gefassten Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz ein. In der letzten Sitzung habe der Ausschuss nach dem Gespräch mit den Kleingärtnern um eine erneute Vorlage für die heutige Sitzung gebeten. In der Vorlage habe dann gestanden, dass in der heutigen Sitzung über die Ergebnisse mündlich berichtet werde.

Hier stelle sie sich die Frage, ob es nicht möglich gewesen wäre, die Inhalte der heutigen Präsentation zu den Ergebnissen des Gesprächs bereits für Montag den Fraktionen für die Fraktionssitzungen zur Verfügung zu stellen.

Weiterhin möchte sie gerne wissen, ob es möglich sei, die getroffenen Vereinbarungen vor der Sitzung des Mobilitätsausschusses am 26.06.2025 verbindlich festzuhalten.

Herr Larscheid / FB 68 antwortet hierzu, dass es aufgrund der Abstimmung in der Verwaltung nicht schneller möglich gewesen sei, Unterlagen zusammen zu stellen und daher ein mündlicher Bericht in der heutigen Sitzung erfolgt sei.

Zu der Frage inwieweit bis zur Setzung des Mobilitätsausschusses verbindliche Regelungen getroffen werden könnten, führt er aus, dass es in der Kürze der Zeit nicht möglich sei, Verträge auszuarbeiten oder entsprechende Planfeststellungen usw. durchzuführen.

Ratsfrau Brinner dankt im Namen der Fraktion für das geführte Gespräch und die vorgetragenen Ergebnisse. Es sei eine tolle Idee, die Wiese für die Schaffung von Parzellen anzubieten und zu nutzen. Es sei fraglich, inwieweit der verbleibende Teil der Parzelle noch für eine landwirtschaftliche Nutzung für einen Landwirt von Interesse sei. Sie erläutert, dass der restliche Teil der Fläche auch für andere Projekte außerhalb der Strukturen einer Kleingartenanlage interessant sein könnte, wie z.B. „kommunales Gärtnern“ ähnlich wie „Hirschgrün“.

Ratsfrau Brinner führt ergänzend aus, dass es vielleicht auch möglich sei, Projekte wie „Essbare Stadt“ auf der restlichen Fläche der Parzelle umzusetzen.

Es sei nun wichtig, den RS 4 weiter auf den Weg zu bringen.

Sie legt einen geänderten Beschlussentwurf der Fraktion der Grünen und der SPD zu dem Tagesordnungspunkt vor, der wie folgt lautet:

„Der AUK beauftragt die Verwaltung, die Kompromisslösung als Basis für die Umsetzung der Vorzugsvariante in Abstimmung mit den Vertreter*innen des Kleingartenvereins Rütsh und dem Stadtverband der Kleingärtner

auszudetaillieren, mit dem Land abzustimmen und in die Umsetzung zu bringen. Die Umnutzung von Teilen der der ganzen städtischen Ackerfläche, die im Zuge der Lösung unter anderem für den Umzug von Kleingartenparzellen genutzt werden soll, ist hierfür zu prüfen.

Der AUK empfiehlt dem Mobilitätsausschuss die in der Voruntersuchung gewählten Linien innerhalb des Stadtgebiets Aachen mit Ausnahme des Abschnitts Richterich bis Kohlscheid zu beschließen.“

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken erläutert, dass die heutige Vorlage der Verwaltung in der Zuständigkeit von „Entscheidung“ auf „Kenntnisnahme“ durch die Verwaltung abgeändert worden sei.

Insoweit handele es sich heute um eine Beteiligung in Form der „Kenntnisnahme“.

Es stelle sich die Frage, inwieweit bei den Zuständigkeiten der Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss und der Planungsausschuss zu beteiligen sei.

Ratsherr Kiemes berichtet von dem Besuch anlässlich des Gespräches mit den Kleingärtnern vor Ort.

So seien 1970 bereits 7 Parzellen neu angelegt worden, da sie seinerzeit der neu angelegten Straße hätten weichen müssen. Es stelle sich für ihn die Frage, ob die angebotene Fläche nicht gänzlich für die Kleingärtner genutzt werden könne. Es gäbe eine lange Warteliste von jungen Familien. Eine alternative Nutzung der restlichen Fläche des landwirtschaftlichen Grundstückes befürworte er daher nicht, sondern ggfls. die Prüfung der Erweiterung der Fläche für die Kleingärtner.

Herr Larscheid geht auf das geführte Gespräch ein und führt aus, dass die Nutzung der landwirtschaftlichen Fläche für 7 Parzellen sicherlich noch weiter durchdacht und geplant werden müsse.

Herr Dr. Nositschka begrüßt das Vorgehen und es sei ein schöner Ausgleich, den man auf der Fläche vorge schlagen habe. Er begrüßt die Möglichkeit, die für Familien geschaffen werden könnte. Er könne sich in dem Bereich auch eine Erweiterung der Kleingartenanlage vorstellen, möchte diese Überlegungen aber von der heutigen Entscheidung trennen.

Die Ausschussvorsitzende bittet Herrn Beigeordneten Thomas sich zu den Zuständigkeiten in der Vorlage zu äußern.

Herr Beigeordneter Thomas führt aus, dass er kein Problem darin sehe, wenn bei der heutigen Vorlage, in der es um eine Kenntnisnahme gehe, ein Beschluss gefasst werde.

Er bitte dann jedoch um eine Präzisierung des Beschlusses in Hinsicht auf die Formulierung „ in die Umsetzung zu bringen“.

Ratsherr Stettner liest dann den angepassten Beschlussentwurf wie folgt vor:

„Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Mobilitätsausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, die Kompromisslösung als Basis für die Umsetzung der Vorzugsvariante in Abstimmung mit den Vertreter*innen des Kleingartenvereins Rütch und dem Stadtverband der Kleingärtner auszudetaillieren, mit dem Land abzustimmen und in die Beratung zu bringen. Die Umnutzung von Teilen oder der ganzen städtischen landwirtschaftlichen Fläche, die im Zuge der Lösung unter anderem für den Umzug von Kleingartenparzellen genutzt werden soll, ist hierfür zu prüfen.

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Mobilitätsausschuss die in der Voruntersuchung gewählten Linien innerhalb des Stadtgebiets Aachen mit Ausnahme des Abschnitts Richterich bis Kohlscheid zu beschließen.“

Die Ausschussvorsitzende Frau Lürken lässt über den o.g. geänderten Beschlussentwurf in 2 getrennten Abstimmungen wie folgt abstimmen:

1. „Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Mobilitätsausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, die Kompromisslösung als Basis für die Umsetzung der Vorzugsvariante in Abstimmung mit den Vertreter*innen des Kleingartenvereins Rütch und dem Stadtverband der Kleingärtner auszudetaillieren, mit dem Land abzustimmen und in die Beratung zu bringen. Die Umnutzung von Teilen oder der ganzen städtischen landwirtschaftlichen Fläche, die im Zuge der Lösung unter anderem für den Umzug von Kleingartenparzellen genutzt werden soll, ist hierfür zu prüfen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. „Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Mobilitätsausschuss die in der Voruntersuchung gewählten Linien innerhalb des Stadtgebiets Aachen mit Ausnahme des Abschnitts Richterich bis Kohlscheid zu beschließen.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen, 3 Enthaltungen

Zu 10 Mitteilung der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.